

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Bienenfreundliches Bremen**

Bienen sind weltweit die wichtigsten Bestäuberinsekten. Der Erhalt der Artenvielfalt und ein Großteil der wichtigsten Nahrungspflanzen sind von Bestäubern wie den bundesweit 565 Wildbienenarten sowie der Honigbiene abhängig. Das United Nations Environment Program (UNEP), eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, geht in einem Bericht aus dem Jahr 2010 davon aus, dass die Honigbienen (Apis) für ungefähr 80 % der Nahrungsmittelproduktion der Welt verantwortlich sind. Die Universität Hohenheim schätzt, dass der ökonomische Wert der Bestäuberleistung allein in Deutschland bei rund 2,5 Mrd. € pro Jahr liegt.

In den letzten Jahren kommt es in Deutschland und Europa jedoch zu einem Honigbienensterben und einem damit drohenden Produktivitätsverlust landwirtschaftlich genutzter Flächen. Auch vor den Bremer Landesgrenzen, in denen rund 1 300 Honigbienenstöcke von Imkern gehalten werden, macht das Bienensterben nicht halt. Parallel zu dieser Entwicklung haben sich auch die Lebensgrundlagen der hochspezialisierten Wildbienenarten dramatisch verschlechtert, sodass mittlerweile rund 60 % der 565 Arten in ihrem Bestand mehr oder weniger gefährdet sind und auf der Roten Liste stehen.

Das Bienensterben geht auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurück. Welcher dieser Faktoren den größten Einfluss hat, ist noch umstritten. Veränderungen in der Landwirtschaft, wie weniger artenreiche Naturwiesen, starker Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln und der Anbau von Monokulturen, haben zu einem Blütenpollenmangel geführt. Dieser Mangel hat einem Bericht des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit von 2005 folgend, vermutlich 2002/2003 in Deutschland zum großen Honigbienensterben geführt.

Im Abschlussbericht des Deutschen Bienenmonitorings, einer Langzeitstudie, die als Reaktion auf die hohen Winterverluste bei Honigbienenstöcken durchgeführt wurde, ist als Hauptursache für das Bienensterben die Varroa-Milbe benannt. Die Umweltverbände NABU und BUND kritisieren allerdings die verwendeten Methoden des Monitorings und geben vor allem zum bedenken, dass die Hälfte des Projekts von Unternehmen finanziert wurde, die Pestizide herstellen und das Monitoring somit nicht unabhängig gewesen sei. Gerade der massive Einsatz von Pestiziden, so die Umweltverbände, sei neben dem Anbau von Monokulturen die Hauptursache für das Bienensterben. Laut Umweltbund e. V. und dem oberösterreichischen Landesverband für Bienenzucht steht das Bienensterben, ebenso wie das Sterben anderer Insekten, in Wechselwirkung mit dem zunehmenden Einsatz von Neonicotinoiden, einer Gruppe hochwirksamer Insektizide, in der Landwirtschaft. Das aus dieser Gruppe stammende Clothianidin wurde nach dem massenhaften Bienensterben im Jahr 2008 zunächst verboten. Mittlerweile erfolgte jedoch seine Wiedergulassung.

Auch die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) hat in einer Untersuchung jüngst herausgefunden, dass Insektenvernichtungsmittel mitverantwortlich für das Massensterben von Bienen sind und warnt ausdrücklich vor den Gefahren für Bienen durch die Insektizide Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam oder auch Glyphosat. Diese Chemikalien können den Orientierungssinn der Bienen derart stören, dass sie nicht zurück zu ihren Bienenstöcken finden.

In Bremen muss dafür Sorge getragen werden, dass ein ausreichendes und vielfältiges Nahrungsangebot für Honigbienen, den heimischen Hummeln und zahlreichen

weiteren Wildbienenarten vorhanden ist. Die Initiative „Bremen blüht auf“ ist dabei ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, um die Bedingungen in Bremen zu verbessern. Der Anbau von Monokulturen und deren Einsatz in Biogasanlagen (z. B. Mais), eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft und der Einsatz von bienengefährdenden Wirkstoffen sind hingegen, auch im Interesse der Landwirtschaft, zu vermeiden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene einzusetzen für
  - a) eine deutliche Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln,
  - b) einen Widerruf der Zulassung aller Neonicotinoide und Glyphosat,
  - c) die konkrete Umsetzung des „Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ von 2008,
  - d) die Untersuchung der Auswirkungen von Pestiziden und des Bt-Giftes von Gentech-Pflanzen auf die Gesundheit von Bienen im Rahmen des Bienenmonitorings,
  - e) eine gesetzliche Vorgabe für eine bessere Fruchtfolge,
  - f) die Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ökologisierung der Landwirtschaft, das sogenannte Greening und
  - g) die Unterstützung von Initiativen gegen die Massentierhaltung und eine deutliche Reduzierung des Maisanbaus und anderer Monokulturen.
2. grundsätzlich öffentliche Flächen und Parks in Bremen artenreich mit bienenfreundlichen, heimischen Pflanzen zu gestalten, die Pflegemaßnahmen an den Artenschutz anzupassen und die Initiative „Bremen blüht auf“ aktiv zu unterstützen.
3. in einem offenen Dialog mit Fachwissenschaftlern und Fachwissenschaftlerinnen und Umweltschutzorganisationen Bepflanzungsvorschläge für öffentliche Grünanlagen und weitere Schutzmaßnahmen für Wildbienen zu erarbeiten, damit der Rückgang der Artenvielfalt gestoppt werden kann.
4. sich dafür einzusetzen, die extensive Landwirtschaft in Bremen zu erhalten.
5. Imkerei und Wildbienen mit Maßnahmen wie dem Aufstellen von Bienenstöcken, auch auf öffentlichen Flächen und auf geplanten Gewerbeflächen in Bremen, zu unterstützen.
6. im Rahmen von Umweltbildungsprojekten sowie bei geförderten gewerblichen Ansiedlungen und Baumaßnahmen die Aufklärung über die Relevanz der Bienen als Nutztiere und über bienen- und insektenfreundliche Bepflanzung verstärkt zu integrieren.

Dr. Maike Schaefer, Jan Saffe, Linda Neddermann, Dr. Ulf Eversberg,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Arno Gottschalk, Wolfgang Jägers,  
Björn Tschöpe und Fraktion SPD